NACHRICHTEN
Österreich

Ukraine verhängt Sanktionen gegen Ex-Präsident Poroschenko aus Sicherheitsgründen

Die Ukraine verhängt Sanktionen gegen Ex-Präsident Poroshenko aus Gründen der nationalen Sicherheit. Der Schritt wird als politisch motiviert kritisiert. Was bedeutet das für die ukrainische Politik?

Die Ukraine hat am Donnerstag Sanktionen gegen den ehemaligen Präsidenten und Oppositionellen **Petro Poroshenko** verhängt. Diese Sanktionen umfassen eine Vermögenssperre sowie ein Verbot, Kapital aus dem Land abzuziehen. Die nationale Geheimdienstbehörde, die SBU, begründete diese Maßnahmen mit „nationalen Sicherheitsgründen“.

Hintergrund zu Petro Poroshenko

Poroshenko, einer der reichsten Männer der Ukraine, leitet die größte Oppositionspartei im ukrainischen Parlament. Er war von 2014 bis 2019 Präsident, verlor jedoch seine Wiederwahl an **Präsident Wolodymyr Selenskyj**. Der 59-jährige Schokoladenmagnat, auch bekannt als „der Schokoladenkönig“, betrachtet Selenskyj als politischen Rivalen und beschuldigt den ukrainischen Präsidenten, verfassungswidrig und aus politischer Motivation zu handeln.

Sanktionen und nationale Sicherheit

Die SBU teilte mit, dass die Sanktionen aufgrund „vorhandener Bedrohungen für die nationale Sicherheit, die territoriale

Integrität und die Souveränität der Ukraine“ sowie der „Schaffung von Hindernissen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung“ verhängt wurden.

Weitere Sanktionen gegen hochrangige Geschäftsleute

Zusätzlich verhängte die Ukraine Sanktionen gegen den inhaftierten Oligarchen **Ihor Kolomoisky**, den ehemaligen Mitbesitzer der PrivatBank Gennadiy Bogolyubov, Viktor Medvedchuk, einen engen Verbündeten von Russlands Präsident Wladimir Putin, sowie den Geschäftsmann Kostyantyn Zhevago.

Politische Situation während des Kriegsrechts

Die Sanktionen erfolgen vor dem Hintergrund einer zunehmend aktiven politischen Landschaft in der Ukraine, da ein Vorstoß des US-Präsidenten Donald Trump, den Krieg mit Russland zu beenden, die Möglichkeit einer zukünftigen Wahl eröffnet. Seit Beginn der russischen Invasion im Februar 2022 gilt in der Ukraine Kriegsrecht, was die Abhaltung von Wahlen verbietet. Selenskyjs Mandat wäre normalerweise im Mai des letzten Jahres abgelaufen.

Vorwürfe und Kritik an den Sanktionen

Vor der russischen Invasion war Poroshenko Gegenstand mehrerer strafrechtlicher Ermittlungen, die er stets zurückwies. Selenskyj äußerte, dass die Offenlegung der Machenschaften während des Krieges die Öffentlichkeit schockieren werde, da Gelder, die angeblich zur Unterstützung der Armee gedacht sind, zur Geldwäsche und zur Finanzierung von Parteimitgliedern verwendet werden. Er nannte jedoch keine konkreten Personen.

Die Sanktionen stießen in Poroshenkos Heimat und international auf breite Kritik. Carl Bildt, ein ehemaliger schwedischer

Ministerpräsident und derzeitiger Co-Vorsitzender des European Council on Foreign Relations, erklärte, die Sanktionen gegen Poroshenko würden Selenskyjs Ruf in Europa schädigen. „Die Verhängung von Sanktionen gegen Poroshenko wird als pure politische Vendetta wahrgenommen. Sicher, er hatte in der Vergangenheit Geschäfte in Russland, aber das hatte auch Selenskyj“, so Bildt auf X.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at